



Worinweg gektes fädeü lter ti Her Qwmdewalile H?

VON WALTER U LBRICHT

Die Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung finden kurz vor den Beratungen der Alliierten über die Zukunft Deutschlands statt. Das Ergebnis der Wahlen in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands, wird bei den anderen Völkern und bei den Vertretern der alliierten Mächte große Beachtung finden. Jeder schaffende Deutsche muß von dem Gedanken erfüllt sein, daß die Wahlbewegung in Berlin nicht nur eine Willensäußerung der Wähler der Hauptstadt für die Einheit Deutschlands, sondern auch für die Sicherung des Friedens und für den demokratischen Neuaufbau werden möge.

Bei den Wahlen zum Berliner Stadtparlament steht jeder Wähler vor der Entscheidung, ob er den neuen Weg friedlicher Ordnung gehen will, oder ob der alte Weg, der zum Ruin Berlins geführt hat, wiederholt wird. Angesichts der Trümmerstätten der Reichshauptstadt möge jeder Berliner die Bilanz der Entwicklung vom ersten zum zweiten Weltkrieg ziehen. Wer erinnert sich nicht, all der Versprechungen, mit denen die politischen Parteien nach dem ersten Weltkriege vor die Wähler traten? Auch damals erklärten alle, Demokraten und Sozialisten zu sein. Das Volk wurde auf die Nationalversammlung vertröstet und dann begruben die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien alle Versprechungen in den Parlamentskommissionen. Eine formale Demokratie wurde begründet, in der die Konzernherren und Großgrundbesitzer weiter ihre Vorrechte und wirtschaftlichen Machtpositionen behielten und die Militaristen in den sogenannten Ordnungstruppen, in den Zeitfreiwilligenverbänden usw. ihre Wirkungsstätte hatten. Schritt für Schritt wurden die demokratischen Rechte des Volkes abgebaut, während auf der anderen Seite die SA in Berlin legal aufmarschieren konnte.

Jeder Berliner soll sich bei der Wahl erinnern, daß die bürgerlichen Parteien die Hauptverantwortung für diese verhängnisvolle Entwicklung tragen. Die Demokratische Partei, die Vorläuferin der jetzigen Liberal-Demokratischen Partei, war 1919 eine der stärksten Parteien. Viele Frauen und Männer des Mittelstandes und viele Geistesarbeiter hatten demokratische Abgeordnete gewählt. Aber hinter der Demokratischen Partei standen die Herren des AEG-Konzerns, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank. Sie führten gemeinsam mit den Vertretern der christlichen Zentrumspartei Deutschland von einer Krise in die andere. Die Folge war, daß 1932 die Demokratische Partei vollständig zerfiel. Und wie stand es mit der anderen bürgerlichen Partei, der Zentrumspartei, der Vorläuferin der heutigen Christlich-Demokratischen Union? Ihr Führer, Dr. Brüning, schaltete die Rechte der gewählten Abgeordneten des Parlaments aus und ging mit Hilfe des § 48 der Reichsverfassung zur autoritären Herrschaft über. Dadurch wurde den faschistischen Kräften der Weg bereitet. Papen, wiederum ein Kanzler der Zentrumspartei, übernahm die Regierung und schuf den faschistischen Terrorgruppen freie Bahn. Die Berliner Metallarbeiter und Verkehrsarbeiter mögen sich daran erinnern, daß es Brüning und Papen waren, die die Arbeitsbedingungen der Werktätigen verschlechterten und den faschistischen Terrorgruppen er-

laubten, bewaffnete Stützpunkte in Berlin zu schaffen. Das war der Anfang des Ruins von Berlin.

Die Trümmer von Berlin sind die Markzeichen dieses verhängnisvollen Weges. Jetzt liegt es in den Händen des schaffenden Volkes, sich zu entscheiden, ob es endgültig einen neuen, einen friedlichen Weg gehen will.

In der tiefsten Katastrophe Deutschlands, im Angesicht der rauchenden Trümmer der Stadt waren es Antifaschisten, die Hand ans Werk legten, damit die Bevölkerung ein Dach über den Kopf bekommt, damit die Straßenbahn wieder in Gang gebracht und damit die Bevölkerung wieder mit Wasser und Gas versorgt wird. Während die Vertreter der großen Konzerne und des Großkapitals den Wiederaufbau der Berliner Wirtschaft offen sabotierten, hat das schaffende Volk unter Führung der Sozialisten in der Stadtverwaltung nicht nur Berlin aufgeräumt, sondern in allen Stadtteilen demokratische Verwaltungen geschaffen, denn ohne diese war eine Versorgung der Bevölkerung nicht möglich. Und wenn im ersten Halbjahr nach dem Sturz der Hitlerherrschaft durch die Armeen der Alliierten die Berliner Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgt wurde, so ist das dem damaligen Stadtkommandanten, Generaloberst Bersarin, und den Männern der Stadtverwaltung zu danken, die kein persönliches Opfer gescheut haben, um die Verwaltung neu aufzubauen und die Ernährung der Berliner Bevölkerung zu organisieren.

Am 20. Oktober 1946, fast IV² Jahr nach dem Sturz Hitlers, hat nunmehr die Berliner Bevölkerung die Möglichkeit, in geheimer Abstimmung darüber zu entscheiden, ob die Berliner Stadtverwaltung nach fortschrittlichen demokratischen Gesichtspunkten geleitet oder ob der alte Weg gegangen werden soll. Vier Parteien nehmen an der Wahl teil. Sowohl die Christlich-Demokratische Union, die Liberal-Demokratische Partei als auch die Sozialdemokratie sind Parteien ohne Programm. Sie haben selbst erklärt, daß



Mit der
SED
für die
EINHEIT
DEUTSCHLANDS